



Der Internationale Tag der Demokratie – Kinderlobby Schweiz: Demokratie und Kinder

Die direkte Demokratie gehört zu den wichtigsten Merkmalen des schweizerischen Selbstverständnisses und trägt als solche grundlegend zu Stolz und Identität des Schweizer Bundesstaates und von dessen Bürger:innen bei. Ab 18 Jahren dürfen alle Personen schweizerischer Staatsangehörigkeit das Recht zum Wählen und Abstimmen, zur Lancierung von Initiativen und Referenden wahrnehmen. Somit gehört unser direktdemokratisches politisches System zu jenen mit den am stärksten ausgeprägten partizipativen Möglichkeiten weltweit. Nicht, dass das immer so war; das Teilhaberecht musste von verschiedenen Bevölkerungsgruppen erst mühsam erworben werden – so blieben in der Schweiz bekanntlich Frauen lange aussen vor, was die aktiv-anerkannte politische Beteiligung betrifft.

Während die weibliche Vertretung in der Politik noch heute Anlass zur Diskussion gibt, wurde nun auch vielerorts der Tanz um das Stimmrechtsalter von 16 Jahren auf dem politischen Parkett eröffnet. Die Frage nach der Beteiligung von 16 bis 18-Jährigen ist denn auch berechtigt, geht aber eigentlich noch weiter: Wie sieht es mit der Beteiligung all derer aus, die aufgrund ihres Kindheitsalters bzw. ihrer Jugendlichkeit nicht befähigt sind, zu wählen und abzustimmen? Wer befördert deren Interessen und wie? Wir Erwachsene denken ja immer, wir wüssten besser, was Kinder brauchen, was gut für sie und ihre Entwicklung ist – nur ist das nicht immer wahr und wir vergessen dabei, sie zu fragen. Wie Unicef (2022)¹ festhält, sind nämlich Kinder und Jugendliche selbst die „Expertinnen und Experten ihrer Lebenswelt.“ Die UN-Kinderrechtskonvention sieht nach Art 12. das Recht von Kindern auf Partizipation vor. Konkret bedeutet das, dass Kinder die Möglichkeit erhalten müssen, an Entscheidungen, die sie selbst betreffen, teilhaben und mitentscheiden zu können. Das politische System, das Beteiligung erst ab 18 (oder in nicht allzu ferner Zukunft allenfalls ab 16) Jahren erlaubt, schliesst Kinder und Jugendliche bei genau solchen Prozessen aus. Politische Entscheide betreffen aber insbesondere die Zukunft derer, die bis anhin gar keine Stimme erhalten.

¹ UNICEF, Partizipation von Kindern und Jugendlichen in Theorie und Praxis. Für Gemeinden und Städte, abrufbar unter: <<https://www.unicef.ch/de/media/2855/download#:~:text=Von%20zentraler%20Bedeutung%20ist%20in,wert%20f%C3%BCr%20die%20gesamte%20Bev%C3%B6lkerung>>.



Der Ausschluss von Kindern ist demnach undemokratisch und verstösst gegen deren Rechte. Deren Einbezug sollte im politischen Diskurs vielmehr ausgebaut und ernsthaft(er) diskutiert werden. Auch der UN-Kinderrechtsausschuss hat in seinen abschliessenden Bemerkungen an die Schweiz darauf hingewiesen, die Massnahmen zur selbstwirksamen Partizipation von Kindern und Instrumente zum Einbezug von Kindern zu nationalpolitischen Themen zu verstärken seien². Da die Partizipation nicht in Form von Wahl- und Stimmrecht möglich ist bzw. ermöglicht wird, sollten Einbezug und Beteiligung auf unterschiedliche Art und Weise ausfallen. Wichtig ist dabei vor allem, dass die Teilhabe kindergerecht gestaltet wird. Nach Unicef (2022) braucht es lediglich vier einfache Voraussetzungen für echte Partizipation von Kindern und Jugendlichen: den Raum, in dem sie ihre Ansichten und Meinungen teilen können; die Stimme, um ihre Wünsche auszudrücken; das Gehör, das die Ideen und Anliegen der Kinder erfasst und schliesslich den tatsächlichen Einfluss in die Umsetzung der Projekte. Ein relativ simples Rezept scheint das doch zu sein.

Nach verschiedenen Thesen könnte eine frühe politische Sozialisation und Sensibilisierung auch die Beteiligung in späteren Lebensphasen befördern.³ In dieser Hinsicht wäre auch die schweizweit herrschende politische Verdrossenheit zu bewerten: Politik spielt in der kindlichen bzw. jugendlichen Entwicklung bis anhin eine so geringe Rolle, dass die Möglichkeit politischer Partizipation im Erwachsenenalter durchschnittlich von weniger als der Hälfte der Schweizer Bevölkerung wahrgenommen wird.⁴ Empirische Evidenz dafür gibt es offenbar bislang nicht,⁵ ein Versuch wäre es doch allemal wert – besonders, wenn unsere Kinder gleichzeitig ihre Rechte wahrnehmen können. Wer dagegen einhalten möchte, dass Kinder noch Kinder sein dürfen sollten, dem soll zugestimmt sein. Wenn das Kind sich aber in politischen Fragen einbringen möchte, gehört das genauso zum Kind sein wie „Räuber und Poli“. Die Teilnahme an der Demokratie ist schliesslich immer freiwillig. Es sollte aber möglich sein und genau dafür setzt sich die Kinderlobby Schweiz ein.

Vorstand, Kinderlobby Schweiz, 15. September 2022

² Schlussbemerkungen des UN-Kinderrechtsausschusses zum 5. und 6. Staatenbericht der Schweiz vom 22. Oktober 2021

³ van Deth, J. W. (2007). Einführung. Kinder als junge Staatsbürger. In: van Deth, J. W., Abendschön, S., Rathke, Julia, & Vollmar, Meike (Hrsg.). Kinder und Politik. Politische Einstellungen von jungen Kindern im ersten Grundschuljahr, Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 14f.

⁴ BFS, 2022, Entwicklung der Stimmbeteiligung bei eidgenössischen Volksabstimmungen, abrufbar unter: <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/politik/abstimmungen/stimmbeteiligung.assetdetail.22866699.html>.

⁵ van Deth 2007: 14f.